

Niederschrift

über die Sitzung des Finanz- und Planungsausschusses am Donnerstag, dem
14.11.2019, im Ratssaal des Rathauses Lemwerder

Beginn: 18:30 Uhr

- öffentlich -

Ende: 20:28 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende/r

1. stv. Bürgermeisterin Tanja Sudbrink

Mitglieder

Ratsherr Werner Ammermann

Ratsfrau Monika Drees

Ratsherr Miles Eckert

Ratsherr Wolfgang Eymael

Ratsherr Sven Göttisch

Ratsherr Karsten Haye-Warfelmann

2. stv. Bürgermeister Ewald Helmerichs

Ratsherr Andreas Jabs

Ratsherr Günter Naujoks

Ratsherr Meinrad-Maria Rohde

Ratsherr Wolf Rosenhagen

Ratsfrau Brigitta Rosenow

Anwesend, ab 18:42 Uhr

Ratsherr Harald Schöne

Ratsherr Yener Türkcan

Ratsherr Jan Olof von Lübken

Ratsherr Rainer Wohlers

Protokollführer

Fachdienstleiter II Dennis Paack

von der Verwaltung

Fachbereichsleiter II Matthias Kwiseke

Bürgermeisterin Regina Neuke

Fachdienstleiterin I Rilana Niehus

Fachbereichsleiterin I Jutta Zander

Abwesend:

Mitglieder

Ratsherr Sven Schröder

Fehlt entschuldigt.

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung
- 1.2 der Beschlussfähigkeit
- 1.3 der Tagesordnung

- 2 Genehmigung der Niederschriften vom 22.08. 2019 und 19.09.2019

- 3 Haushalt 2020 - 1. Beratung

- 4 Breitband - aktueller Förderauftrag

- 5 Neufassung der Straßenreinigungssatzung nebst dazugehöriger Verordnung
Vorlage: FB II/054/2019

- 6 Neufassung der Verordnung über Sicherheit und Ordnung
Vorlage: FB II/055/2019

- 7 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Rats-
herren

- 8 Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung**
- 1.1 der ordnungsgemäßen Einladung**
- 1.2 der Beschlussfähigkeit**
- 1.3 der Tagesordnung**

Die Vorsitzende eröffnete die Sitzung und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest. Es ergaben sich keine Einwände gegen die Tagesordnung.

2 Genehmigung der Niederschriften vom 22.08. 2019 und 19.09.2019

Die Niederschrift vom 19.09.2019 wurde einstimmig genehmigt. Bei der Niederschrift vom 22.08.2019 wurde zu TOP 5 von Ratsherrn Wohlers nachfolgender Änderungsantrag gestellt. Es soll bei dem Punkt 5 ergänzt werden, dass Erfahrungswerte und Qualifikationen zur Thematik für die Auswahl des Planungsbüros gefordert werden sollten. Er verwies bei dem Punkt auf § 10 Abs. 6 Ziffer C der Geschäftsordnung. Die Niederschrift wurde mit der Anmerkung zum TOP 5 einstimmig genehmigt.

3 Haushalt 2020 - 1. Beratung

Frau Niehus sagte, dass in die Beratungsliste alle Anträge eingearbeitet wurden, die bis zum 11.11.2019 der Verwaltung vorlagen.

Es wurden von Seiten der Fraktionen die eingereichten Anträge erläutert. Nach anschließender Diskussion wurde wie folgt abgestimmt.

Liegenschaften	P1.111008	Kauf von Grundstücken
----------------	-----------	-----------------------

Es wurde dem Ansatz von 400.000 € bis 600.000 € einstimmig zugestimmt. Der Betrag wird entsprechend eines möglichen Ausgleichs des Haushalts angepasst.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

GS Lemwerder	P1.211001.001	Planungskosten für Standortüberprüfung
--------------	---------------	--

Es wurde dem Ansatz von 10.000 € einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Orts- und Regionalplanung	P1.511000.002	Städtebaul. Entwicklung zum B-Plan Tecklenburger Str./Johannesweg
---------------------------	---------------	---

Die Fraktionen erläuterten die unterschiedlichen Anträge zur Entwicklung der Fläche im Dreieck Johannesweg/Tecklenburger Straße. Die SPD/CDU Gruppe möchte die künftige Aufteilung zügig angehen. Die Details und mögliche Abschnittsbildungen sind im Rahmen eines städtebaulichen Konzeptes zu entwickeln. Die Gruppe FDP/Bündnis 90 Die Grünen haben für diese Entwicklung (zeitgleich mit der Entwicklung einer Bebauung neben der ehemaligen Grundschule Lemwerder-West) einen Planansatz von 50.000,- € beantragt. Die UWL Fraktion beantragt die direkte Umsetzung im Rahmen eines Bebauungsplanes für die Flächen in Deichshausen.

Nach intensiver Diskussion wurde die Verwaltung beauftragt, die Kosten für solche Planungen zu ermitteln um auch für das B-Plan Verfahren ausreichend Haushaltsmittel einplanen zu können.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Orts- und Regionalplanung	P1.511000.002	Vorplanung Wohnbaugebiet Nähe ehem. GS West
---------------------------	---------------	---

Es wurde dem Ansatz von 25.000 € einstimmig zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	17
Nein:	0
Enthaltung:	0

Allg. Finanzwirtschaft	P1.612000	Reduzierung der Zinseinnahmen
------------------------	-----------	-------------------------------

Die Verwaltung folgt dem Antrag der FDP/Bündnis 90 Die Grünen und reduziert den Ansatz um 9.000 €.

Bürgermeisterin Neuke erläuterte die Ergänzungsliste. Auf Nachfrage von Herrn Schöne ergänzte sie beim Punkt „OFW Bardewisch“, dass bei den bisherigen Ermittlungen die Pla-

nungskosten nicht berücksichtigt worden seien und diese entsprechend der angefallenen Summen um 44.000 € erhöht werden muss.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

4 Breitband - aktueller Förderaufruf

Bürgermeisterin Neuke erläuterte das geplante weitere Vorgehen zum Breitbandausbau anhand einer Power-Point-Präsentation des Landkreises Wesermarsch. Der Ausbau soll als „FTTH“ erfolgen. Der Ausbaugrad innerhalb des Landkreises wurde bei 95 % aller Haushalte festgelegt. Die Kosten würden zu 50 % vom Bund und 25 % vom Land Niedersachsen getragen werden. Die Kommunen müssten ca. 25 % (Wirtschaftlichkeitslücke) übernehmen. Bei den 25% würde sich der Landkreis zur Hälfte beteiligen. Der Gemeindeanteil würde sich bei mindestens 29.000 € für die Erschließung mit „FTTH“ der Privathaushalte belaufen. Die Erschließung der Gewerbegebiete beträgt weitere 103.000 €. Es wird aktuell geplant, dass die Ausschreibung im 01/2020 und der Zuschlag im 05/2020 erfolgen sollen. Der Baubeginn erfolgt voraussichtlich im Oktober 2020. Die Mittel sind für die Jahre 2021 bis 2023 einzuplanen.

In nicht öffentlicher Beratung hat die Verwaltung einige Details zu den Adressen mitgeteilt, die nach Ansicht der Planer bei einem Ausbaugrad von 95% nicht gefördert werden. Nach Prüfung der Unterlagen und einem Termin Anfang November mit dem Landkreis und dem Planungsbüro sind verschiedene zusätzliche Adressen noch in Klärung. Der Verwaltungsausschuss hat daher bereits im Umlaufverfahren den Beschluss gefasst, dass die Gemeinde mindestens einem gemeinsamen Ausbaugrad von 95% folgt. Je nach Einzelfall kann auch ein Anschluss darüber hinaus erfolgen. Diese Adressen werden dann vom Landkreis jedoch nicht gefördert.

Bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen werden die voraussichtlichen Zuschussanteile für die Privathaushalte in die Mittelfristige Finanzplanung eingearbeitet. Die Kosten für die Anschlüsse der Gewerbegebiete von voraussichtlich 103.000,- € sind jetzt bereits in die mittelfristige Planung aufzunehmen.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis.

5 Neufassung der Straßenreinigungssatzung nebst dazugehöriger Verordnung Vorlage: FB II/054/2019

Fachdienstleiter Paack teilte mit, dass im Vorfeld bereits eine Abstimmung unter Beteiligung aller Fraktionen erfolgt sei und dass es wenige Punkte gab, die entsprechende gegenüber dem Verwaltungsvorschlag geändert werden müssen. Die Verwaltung geht bei der Vorstellung auf diese Änderungen ein. Nach kurzer Diskussion und Beratung wurde sich darauf verständigt, dass bei § 5 der Verordnung die Uhrzeit herausgenommen wird, da es sich als „praxisfremd“ darstellen würde. Bei § 11 sollte bezüglich des Datenschutzbeauftragten auf Nachfrage bei der Gemeindeverwaltung verwiesen werden. Es wurde sich bei Anlage 1 dafür ausgesprochen, dass die bisher aufgeführten Straßen und Wege beibehalten werden. Hierzu sollte im Jahr 2020 eine intensive Beratung mit anschließender Neufassung erfolgen, die Anlage 1 sollte zum ersten Halbjahr 2020 neu beschlossen werden.

Der Fachausschuss sprach die einstimmige Empfehlung aus, die Neufassung der Straßenreinigungssatzung und die dazugehörige Verordnung über Art und Umfang der Straßenreinigung mit den vorgenannten Änderungen zu beschließen.

6 Neufassung der Verordnung über Sicherheit und Ordnung Vorlage: FB II/055/2019

Fachdienstleiter Paack erläuterte die mit Vertretern der einzelnen Fraktionen vorabgestimmten Ergänzungen und Veränderungen bei der Verordnung über die Aufrechterhaltung der

öffentlichen Sicherheit und Ordnung in der Gemeinde Lemwerder (Kurz: SOVO). Nach entsprechender Beratung wurden folgende Anmerkungen beschlossen.

Es wurde bei § 2 Abs. 3 („Öffentliche Einrichtungen“) folgende Protokollnotiz einstimmig beschlossen, dass im Rahmen von Veranstaltungen von Vereinen und Verbänden, das Befahren erlaubt sei und eine Erlaubnis erteilt werden wird. Die Formulierung „in der Gemeinde“ wird gestrichen.

Bei § 6 Abs. 2 („Reinigen von Fahrzeugen“) und der Aufnahme der Formulierung „...in Gewässer oder Boden untersagt.“, ergaben sich verschiedene Ansichten. Es wurde sich darauf verständigt, dass eine Klärung bis zur nächsten Ratssitzung erfolgen wird.

Bei § 9 Abs. 2 („Abbrennen von Feuerwerken“) wurde festgehalten, dass „4 Wochen“ vor der Veranstaltung eine Anzeige bei der Gemeinde zu erfolgen hat.

Bürgermeisterin hielt als Ergebnis fest, dass keine vorbereitende Beschlussfassung im Fachausschuss nötig wird. Ratsherr Schöne ergänzte die Aussage, dass seitens seiner Fraktion eine grundsätzliche Zustimmung mit zwei Ausnahmen vorhanden sei.

7 Mitteilungen der Verwaltung, Anfragen und Anregungen von Ratsfrauen und Ratsherren

Bürgermeisterin Neuke berichte, dass die erste Projektkonferenz zur Planung des Neubaus der Bundesstraße 212 zwischen Harmenhausen (Landkreis Wesermarsch) und der Anbindung an die Autobahn 281, welche heute in der Begu-Lemwerder stattgefunden hat. Sie wies darauf hin, dass nach jetzigem Entwurfstand ein Direktanschluss an die Industriestraße mittels einer sog. „Holländerrampen“ vorgesehen seien. Der Start des Planfeststellungsverfahrens ist für das Jahr 2022 geplant. Der früheste Baubeginn ist für 2025 anvisiert. Die vorgestellten Planungen können auf der Homepage

<https://www.strassenbau.niedersachsen.de/startseite/projekte/bundesstrassen/b-212-von-harmenhausen-bis-zur-landesgrenze-niedersachsen-bremen-140007.html> der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr eingesehen werden.

Für das Jahr 2020 ist ein Ehrenamtstag geplant hierzu soll ein runder Tisch gebildet werden.

Der Ausschuss nahm die Ausführungen zur Kenntnis. Weitere Mitteilungen ergaben sich nicht.

8 Einwohnerfragestunde

Keine.

Vorsitzende

Bürgermeisterin

Protokollführer